

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	V
<i>Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur</i>	XIX
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XX

Erstes Kapitel Grundlagen des Wertpapierrechts

§ 1	Bedeutung und Funktion der Urkunden im Zivilrecht	1
I.	Bedeutung der Form für das Rechtsgeschäft	1
1.	Form und rechtsgeschäftlicher Tatbestand	1
2.	Konstitutive oder lediglich deklaratorische Wirkung einer Formvorschrift	2
II.	Bedeutung der Urkunden im Zivilrecht	3
1.	Beweismittel	3
2.	Legitimationsmittel	3
3.	Zirkulationsmittel	5
§ 2	Geschichtliche Entwicklung, Rechtsquellen und wirtschaftliche Bedeutung des Wertpapierrechts	7
I.	Entstehung aus dem Urkundenrecht	7
II.	Gesetzgebung	8
III.	Rechtswissenschaft	9
IV.	Wirtschaftliche Bedeutung des Wertpapierwesens	10
1.	Kapitalaufbringung und Kapitalanlage	10
2.	Kredit- und Zahlungsverkehr	10
3.	Güterumlauf	11
V.	Wertpapierwesen und Wirtschaftsordnung	11
§ 3	Wertpapierbegriff	13
I.	Wertpapier als Gebrauchsbegriff in Gesetzen	13
1.	Keine Legaldefinition	13
2.	Entstehung des Begriffs	13
3.	Verschiedenheit des Gesetzeszwecks	14

II.	Wertpapier als Abstraktionsbegriff der Rechtsdogmatik	15
1.	Notwendigkeit der Urkunde für die Geltendmachung des in ihr verbrieften Rechts als Kriterium	15
2.	Wertpapiere im engeren Sinn	16
3.	Begriffsbestimmung nach der Wertpapierfunktion	18
III.	Elemente des Wertpapierbegriffs	18
1.	Urkunde	18
2.	Verbriefung eines Rechts	19
3.	Zugehörigkeit des verbrieften Rechts zum Privatrecht	19
4.	Bindung der Rechtsausübung an die Innehabung des Papiers	19
IV.	Wertpapierfunktion und andere Wertpapiereigenschaften	19
1.	Wertpapierwirkung	19
2.	Verdinglichung des Rechts	20
3.	Befreiungswirkung (Liberationswirkung)	21
§ 4	Bestimmung des Berechtigten im Wertpapier	23
A.	Inhaberpapiere	23
I.	Begriff und Wesen	23
II.	Grundsätze	24
1.	Übertragung	24
2.	Legitimation durch Besitz des Papiers als Rechtsscheintatbestand	24
a)	Vermutungswirkung	25
b)	Gutgläubenserwerb	25
3.	Legitimation durch Besitz als Voraussetzung für die Geltendmachung des Rechts	25
4.	Besitz als Grundlage für die Befreiungs- oder Liberationswirkung	26
5.	Einwendungsausschluß	26
B.	Orderpapiere	27
I.	Begriff und Wesen	27
II.	Arten	28
III.	Grundsätze	29
1.	Verkörperung des verbrieften Rechts durch die Befugnis zur Übertragung durch Indossament	29
2.	Transportfunktion des Indossaments	29
3.	Indossament als Legitimationstatbestand	30
a)	Übertragung	30
b)	Vermutungswirkung	31
c)	Gutgläubenserwerb	31
d)	Legitimation durch Indossament als Grundlage für die Befreiungs- oder Liberationswirkung	32
e)	Einwendungsausschluß	32
4.	Garantiefunktion des Indossaments	33
C.	Rekta- oder Namenspapiere	34
I.	Begriff	34

II. Grundsätze	34
1. Papierbesitz als Voraussetzung für die Geltendmachung des Rechts	34
2. Übertragung	35
3. Fehlen einer Legitimationswirkung des Papierbesitzes	36
a) Vermutungswirkung	36
b) Kein Gutgläubenserwerb	36
4. Kein Einwendungsausschluß	36
5. Bedeutung des Papierbesitzes für die Befreiungs- oder Liberationswirkung	37
III. Besonderheit der hinkenden Inhaberpapiere bzw. qualifizierten Legitimationspapiere	37
D. Wertpapierart und Vertragsfreiheit	38
§ 5 Abhängigkeit des verbrieften Rechts von einem Grundverhältnis	40
I. Kausalverhältnis und Rechtsgrund für den Erwerb eines Wertpapiers	40
II. Kausale und abstrakte Wertpapiere	42
III. Konstitutive und deklaratorische Wertpapiere	42
§ 6 Wertpapierrecht als Alternative zum Recht der Forderungsabtretung	44
I. Grundsätze des Rechts der Forderungsabtretung	44
1. Verselbständigung der Forderung als Rechtsgegenstand	44
2. Schuldnerschutz bei der Abtretung	45
3. Ergebnis	46
II. Verkehrsschutz bei einer abstrakten Forderung	46
III. Besonderheiten des Wertpapierrechts für die Übertragung eines Rechts	48
1. Einschränkung des Schuldnerschutzes durch die Wertpapierfunktion	48
2. Verkörperung des Rechts im Wertpapier	48
3. Einwendungsausschluß	49
4. Präklusion von Gültigkeitseinwendungen bei zurechenbarem Rechtsschein	50
§ 7 Entstehung des verbrieften Rechts bei Inhaber- und Orderpapieren	51
I. Problem	51
II. Wertpapierrechtstheorien	52
1. Alte Lehre	52
2. Kreationstheorie	53
3. Vertrags- und Rechtsscheintheorie	53
III. Geltung des Vertragsprinzips für die Entstehung einer Wertpapierverbindlichkeit	55

Zweites Kapitel

Die Wertpapiere und Legitationspapiere des bürgerlichen Rechts

§ 8	Die Anweisung	59
I.	Die Anweisung im System des bürgerlichen Rechts	59
1.	Wesen der Anweisung	59
2.	Die Anweisung im Bereicherungsausgleich	60
3.	Die Anweisung als wertpapierrechtliche Grundfigur	61
II.	Begriff der Anweisung	62
III.	Rechtsnatur und Rechtswirkungen der Anweisung	63
1.	Die Anweisung als Doppelermächtigung	63
2.	Annahme der Anweisung	64
3.	Wertpapierfunktion der Anweisung	65
4.	Sonstiges	66
IV.	Übertragung der Anweisung	66
1.	Übertragung der Anweisung vor Annahme	66
2.	Übertragung nach der Annahme der Anweisung	68
§ 9	Die Inhaberschuldverschreibung	69
I.	Die Inhaberschuldverschreibung im Wertpapierrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches	69
II.	Begriff der Inhaberschuldverschreibung	69
1.	Schuldverschreibung	70
2.	Inhalt des Leistungsversprechens	70
3.	Selbständigkeit des Leistungsversprechens	71
4.	Form der Verbriefung	71
III.	Entstehung einer Inhaberschuldverschreibung	72
1.	Ausstellung einer Urkunde	72
2.	Freiheit zur Ausstellung und Begebung von Inhaberschuldverschreibungen	73
3.	Entstehung der Verpflichtung	75
IV.	Rechtswirkungen der Inhaberschuldverschreibungen	76
1.	Wertpapierwirkung	76
2.	Verfügungsberechtigung und Vermutungswirkung	76
3.	Verkörperung der Forderung nach Maßgabe des Papierinhalts (Einwendungsausschluß)	77
a)	Einwendungen, welche die Gültigkeit der Ausstellung betreffen	77
b)	Einwendungen, die sich aus der Urkunde ergeben	78
c)	Einwendungen, die dem Aussteller unmittelbar gegen den Inhaber zustehen	78
4.	Befreiungs- und Liberationswirkung	79
V.	Übertragung der Inhaberschuldverschreibung	79
VI.	Beschädigung, Vernichtung und Verlust der Urkunde	80

VII.	Erlöschen der Inhaberschuldverschreibung	81
1.	Einlösung	81
2.	Vorlegungsfrist und Verjährung	81
3.	Umwandlung einer Inhaberschuldverschreibung in eine Namensschuldverschreibung	82
VIII.	Nebenzapapiere	82
1.	Zinsscheine	82
2.	Renten- und Gewinnanteilscheine	83
3.	Erneuerungsschein (Talon)	83
IX.	Besonderheiten des Pfandbriefs und der Kommunalobligation	83
§ 10	Das Sparbuch	86
I.	Das Sparbuch als Wertpapier des Einlagengeschäfts	86
II.	Das Sparbuch als Namens- oder Rektapapier	86
III.	Befreiungs- oder Liberationswirkung	87
IV.	Besonderheiten des Postsparbuchs	90
§ 11	Sonstige Wertpapiere und Legitimationspapiere des bürgerlichen Rechts	93
I.	Vertragsfreiheit und Verbriefung in Urkunden	93
II.	Hypothekenbrief und Grundschuld- und Rentenschuldbrief	94
1.	Hypothekenbrief	94
2.	Grundschuld- und Rentenschuldbrief	95
III.	Inhaberzeichen	96
IV.	Legitimationspapiere	97

Drittes Kapitel Wechselrecht

§ 12	Begriff und wirtschaftliche Bedeutung des Wechsels	99
I.	Begriff	99
II.	Grundformen	100
III.	Wechselstrenge als Grundsatz des Wechselrechts	101
IV.	Wirtschaftliche Bedeutung des Wechsels	102
§ 13	Geschichte des Wechselrechts	106
I.	Herkunft aus dem Wechselgeschäft des Mittelalters	106
II.	Entwicklung des Wechsels zum umlauffähigen Wertpapier	108
1.	Form der Tratte	108
2.	Übertragung durch Indossament	108
3.	Akzept	109
4.	Wechselstrenge	109

III. Wechselrecht als Juristenrecht	110
IV. Allgemeine Deutsche Wechselordnung von 1848	111
V. Der Weg zu einem einheitlichen Wechselgesetz	112
§ 14 Die Wechselform	113
I. Die Bedeutung der Wechselform für die Wechselklärungen	113
II. Die konstitutiven Formerfordernisse des Wechsels	115
III. Die Formerfordernisse im einzelnen	116
1. Sachliche Grundbedingungen	116
a) Wechselklausel	116
b) Die unbedingte Anweisung, eine bestimmte Geldsumme zu zahlen	117
2. Festlegung des Personendreiecks	118
a) Name dessen, der zahlen soll (Bezogener)	118
b) Name dessen, an den oder an dessen Order gezahlt werden soll (Wechselnehmer oder Remittent)	118
c) Unterschrift des Ausstellers	119
3. Angabe von Zahlungszeit und Zahlungsort	120
a) Zahlungs- oder Verfallzeit	120
b) Zahlungsort	120
4. Angaben über Tag und Ort der Ausstellung	121
a) Tag der Ausstellung	122
b) Ort der Ausstellung	122
IV. Rechtsfolgen eines Formverstosses	122
1. Formungültigkeit	122
2. Selbständigkeit der Wechselklärungen	122
V. Bedeutung des Formprinzips für die Auslegung des Wechsels	123
§ 15 Ausstellung des Wechsels	124
I. Wechselfähigkeit	124
1. Begriff	124
2. Wechselrechtsfähigkeit	124
3. Wechselgeschäftsfähigkeit	126
II. Vertretung bei Abgabe einer Wechselklärung	127
1. Handeln in fremdem Namen	127
2. Haftung bei Unterzeichnung ohne Vertretungsmacht	128
III. Der Blankowechsel	129
1. Begriff und Zulässigkeit	129
2. Rechtsnatur des Blankowechsels und Rechtsfolgen seiner Vervollständigung	130
3. Übertragung des Blankowechsels	131
4. Haftung bei abredewidriger Ausfüllung	132
IV. Die Verfälschung des Wechsels	134
V. Die Rechtsposition des Ausstellers	134
1. Ausstellung des Wechsels als Anweisung an den Bezogenen	134

2. Begebung des Wechsels durch den Aussteller	135
3. Haftung für Annahme und Zahlung des Wechsels	136
§ 16 Übertragung des Wechsels	138
I. Der Wechselwerb und sein Rechtsgrund	138
1. Ursprünglicher und abgeleiteter Erwerb des Wechsels	138
2. Zweck der Zuwendung als causa für den Wechselwerb	138
3. Bedeutung der Wechselhingabe für das Zuwendungsverhältnis	139
4. Einfluß des Zuwendungsverhältnisses auf die Wechselhingabe	140
II. Grundformen der Übertragung des Wechsels	141
1. Übertragbarkeit des Wechsels	141
2. Übertragung eines Rektawechsels	141
3. Übertragung eines Orderwechsels	142
§ 17 Das Indossament	144
I. Begriff und Rechtsnatur des Indossaments	144
1. Begriff	144
2. Rechtsnatur	144
II. Form und Inhalt des Indossaments	146
1. Form	146
2. Inhalt des Indossaments	147
III. Rechtswirkungen des Indossaments	148
1. Legitimationsfunktion	148
2. Transportfunktion	148
3. Garantiefunktion	149
IV. Die Bedeutung des Indossaments für den Erwerb eines Wechsels	150
1. Vollrechtserwerb (Wechseleigentum)	150
2. Verpfändung des Wechsels	152
a) Offenes Pfandindossament	152
b) Verdecktes Pfandindossament	153
3. Bevollmächtigung oder Ermächtigung	153
a) Offenes Vollmachtsindossament	154
b) Verdecktes Vollmachtsindossament	154
4. Nachindossament	155
V. Haftung des Indossanten	155
1. Garantiefunktion des Indossaments	155
2. Indossierungsverbot	156
3. Garantiehaftung als Rechtsfolge einer Vollübertragung des Wechsels durch Indossament	156
4. Indossierung zum Zweck der Haftung (Garantie-Indossament)	157
5. Rückindossament und Nachindossament	157
§ 18 Legitimation des Wechselinhabers und Erwerb vom Nichtberechtigten	159
I. Formelle Legitimation des Wechselinhabers	159

1. Voraussetzungen der formellen Legitimation	159
2. Inhalt der formellen Legitimation	160
3. Rechtsfolgen der formellen Legitimation	161
II. Gutgläubiger Erwerb vom Nichtberechtigten	161
1. Gesetzestechnische Gestaltung	161
2. Voraussetzungen für den Gutglaubenserwerb	162
§ 19 Annahme des Wechsels	164
I. Begriff und Rechtsnatur der Annahme	164
II. Vorlegung zur Annahme	164
1. Allgemeines	164
2. Vorlegungsgebot	165
a) Gesetzliches Vorlegungsgebot	165
b) Rechtsgeschäftliches Vorlegungsgebot	166
3. Vorlegungsverbot	166
4. Einräumung einer Überlegungsfrist	167
III. Annahme durch den Bezogenen	167
1. Form der Annahme	167
2. Schranken und Ergänzungen der Annahme	168
IV. Rechtswirkungen der Annahme	169
§ 20 Zahlung des Wechsels	171
I. Fälligkeit	171
II. Vorlegung zur Zahlung	171
III. Zahlung des Wechsels	172
IV. Leistung an einen Nichtberechtigten (Befreiungs- oder Liberationswirkung)	173
1. Zahlung vor Verfall	173
2. Zahlung bei Verfall	174
V. Prolongation des Wechsels	175
VI. Amortisation des Wechsels	176
§ 21 Rückgriffshaftung aus dem Wechsel	177
I. Besonderheit des Wechselrückgriffs	177
II. Materielle Voraussetzungen der Rückgriffshaftung	178
1. Recht zum Rückgriff (Regreßnehmer)	178
2. Rückgriffsgründe	178
a) Rückgriff mangels Zahlung	178
b) Rückgriff mangels Annahme	179
III. Protesterhebung als formelle Voraussetzung der Rückgriffshaftung	181
1. Begriff und rechtliche Bedeutung des Protestes	181
2. Durchführung des Protestes	181
3. Materiellrechtliche Bedeutung der Protesterhebung	182
4. Protesterlaß	183

IV. Pflicht zur Notanzeige (Notifikationspflicht)	183
V. Inhalt der Rückgriffshaftung	184
1. Rückgriffsschuldner	184
2. Inhalt des dem Wechselinhaber zustehenden Rückgriffsanspruchs (Erstrückgriff)	185
3. Einlösungsrückgriff (Remboursregreß)	185
4. Einlösung des Wechsels	186
VI. Rücklauf des Wechsels	187
VII. Rückgriffsverwirkung (Präjudizierung)	188
§ 22 Wechselbürgschaft	190
I. Begriff und Abgrenzung von der bürgerlich-rechtlichen Bürgschaft . .	190
II. Form und Inhalt der Wechselbürgschaft	191
III. Haftung aus der Wechselbürgschaft	192
IV. Rückgriffsanspruch des Wechselbürgen gegen den Hauptschuldner . .	194
§ 23 Ehreneintritt (Intervention)	195
I. Begriff und Bedeutung	195
II. Ehrenannahme	195
III. Ehrenzahlung	196
§ 24 Der wechselrechtliche Einwendungsausschluß	197
I. Einwendungsausschluß und Abstraktheit der Wechselverbindlichkeit .	197
1. Lehre von der Abstraktheit der Wechselverbindlichkeit	197
2. Die ratio der abstrakten Wechselverbindlichkeit	198
3. Folgerungen aus dem Grundgedanken des wechselrechtlichen Ein- wendungsausschlusses	200
II. Einwendungen des Wechselschuldners	201
III. Einteilung der Einwendungen nach systematischen Gesichtspunkten . .	204
1. Urkundliche oder inhaltliche Einwendungen	205
2. Gültigkeitseinwendungen	205
3. Persönliche Einwendungen	206
§ 25 Wechselverjährung und -bereicherung	208
I. Verjährung der Wechselansprüche	208
II. Wechselbereicherungsanspruch	208
1. Rechtsdogmatische Einordnung	208
2. Anspruchsvoraussetzungen	209
3. Inhalt des Wechselbereicherungsanspruchs	210
§ 26 Vervielfältigung des Wechsels	211
I. Wechselausfertigung (Wechselduplikat)	211
II. Wechselabschrift (Wechselkopie)	212

§ 27	Der eigene Wechsel	213
I.	Begriff und Bedeutung	213
II.	Form	213
III.	Besonderheiten des eigenen Wechsels	214

Viertes Kapitel

Scheckrecht

§ 28	Begriff und wirtschaftliche Bedeutung des Schecks	215
I.	Begriff	215
II.	Rechtsnatur	215
III.	Wirtschaftliche Bedeutung	216
IV.	Rechtsentwicklung	216
V.	Besonderheiten des Postschecks	217
§ 29	Ausstellung und Form des Schecks	218
I.	Die Scheckform	218
II.	Die Formerfordernisse im einzelnen	218
1.	Sachliche Grundbedingungen	218
a)	Scheckklausel	218
b)	Die unbedingte Anweisung, eine bestimmte Geldsumme zu zahlen	218
2.	Festlegung des Personendreiecks	220
a)	Name dessen, der zahlen soll (Bezogener)	220
b)	Schecknehmer	221
c)	Unterschrift des Ausstellers	221
3.	Angabe des Zahlungsortes	221
4.	Angabe über Tag und Ort der Ausstellung	221
III.	Rechtsfolgen eines Formverstosses	222
1.	Formungültigkeit	222
2.	Unabhängigkeit der Scheckerkklärungen	222
IV.	Haftung des Ausstellers	222
§ 30	Übertragung des Schecks	223
I.	Grundformen der Übertragung	223
II.	Kausalverhältnisse	223
III.	Bedeutung des Indossaments für den Scheck	224
IV.	Formelle Legitimation des Scheckinhabers	225
V.	Erwerb vom Nichtberechtigten	225
§ 31	Einlösung des Schecks und Scheckhaftung	226
I.	Vorlegung zur Zahlung	226

II.	Zahlung des Schecks durch die bezogene Bank	226
1.	Einlösung	226
2.	Zahlung an einen Nichtberechtigten	227
III.	Scheckhaftung	228
1.	Rückgriff mangels Zahlung	228
2.	Inhalt der Scheckhaftung	228
3.	Einwendungsausschluß	228
4.	Präjudizierung des Schecks und Verjährung	229
§ 32	Scheckkarte	230
I.	Zweck der Scheckkarte	230
II.	Form der Scheckkarte	230
III.	Rechtliche Bedeutung der Scheckkarte	231

Fünftes Kapitel

Kaufmännische Orderpapiere und andere Wertpapiere

§ 33	Kaufmännische Orderpapiere	233
I.	Allgemeine Grundsätze	233
1.	Numerus clausus der Orderpapiere	233
2.	Gemeinsame Regeln	234
II.	Kaufmännische Anweisung und Verpflichtungsschein	235
1.	Kaufmännische Anweisung	235
2.	Kaufmännischer Verpflichtungsschein	236
III.	Wertpapiere des Transportrechts	236
1.	Konnossement und Ladeschein	237
2.	Lagerschein	239
3.	Transportversicherungspolice	240
IV.	Inhalt der Traditionswirkung bei den Traditionspapieren	240
§ 34	Aktie und andere Wertpapiere des Aktienrechts	242
I.	Begriff und Rechtsnatur der Aktie	242
1.	Begriff der Aktie	242
2.	Mitgliedschaftsrechtliches Wertpapier	242
3.	Inhaber- oder Orderpapier	243
II.	Übertragung von Aktien	243
1.	Inhaberaktien	243
2.	Namensaktien	244
3.	Legitimationsübertragung	244
III.	Verkehrsschutz beim Erwerb von Aktien	245
1.	Gutgläubenserwerb	245
2.	Kein Einwendungsausschluß	245

IV. Weitere Wertpapiere des Aktienrechts	246
1. Zwischenschein	246
2. Gewinnanteil- oder Dividendenschein	246
3. Wandelschuld- oder Gewinnschuldverschreibung	246
§ 35 Investmentanteile und Immobilienzertifikate	247
I. Rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung der Beteiligung an Investment- und Immobilienfonds	247
II. Wertpapierrechtliche Bedeutung der Investmentanteile und Immobilienzertifikate	248
<i>Sachverzeichnis</i>	255